



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/168 - 22.7.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Blanks Wehrpropaganda	S. 1
Belgien verschiebt EVG-Ratifizierung	S. 3
Die Lage der Junglehrer	S. 5
Die Wahrheit über die Kaffee-Verbilligung	S. 6

Suggestiv-Propaganda

(sp) Allein in 80 Wahlversammlungen ist von der CDU der Sicherheitsbeauftragte der Bundesregierung, Bundestagsabgeordneter Theodor Blank, als Wahlredner vorgesehen. Ob die führende Regierungspartei davon sich einen besonderen Erfolg verspricht, mag ihre Sache sein. Die Art jedoch, wie Theodor Blank Lebensfragen des deutschen Volkes im anlaufenden Wahlkampf zu behandeln gedenkt, gibt zu ernstesten Befürchtungen Anlass. Man erweist dem deutschen Volk keinen guten Dienst, wenn eine Welle von Suggestiv-Propaganda über die Wähler losgelassen wird, dazu bestimmt, den Blick für die realen Gegebenheiten unserer Situation zu trüben und die echte Auseinandersetzung über Kernfragen der deutschen Politik zu verschleiern.

Der Sicherheitsbeauftragte hat kürzlich nach seiner Rückkehr aus Amerika bis in Einzelheiten gehende Pläne über den Aufbau einer künftigen deutschen Armee im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft entwickelt und damit, freilich nicht zum erstenmal, seine Befugnisse weit überschritten und Dinge vorweggenommen, über die nur der kommende Bundestag zu entscheiden hat. Herr Theodor Blank tut so, als ob der EVG-Vertrag schon eine sichere Realität wäre und das deutsche Volk keine grösseren Sorgen hätte, als sich Hals über Kopf in ein höchst fragwürdiges Experiment zu stürzen. Dass er auch jetzt wieder Behauptungen wiederholt, die bei früheren Gelegenheiten widerlegt worden sind,

beweist den rein wahlorganisatorischen Charakter seiner Darlegungen.

Bei der dritten Lesung des EVG-Vertrages hatte Blank, unterstützt vom Bundeskanzler, von der Tribüne des Parlamentes aus behauptet, es lägen Zusicherungen vor, wonach sich die USA verpflichtet haben, Waffen und Ausrüstung für das deutsche EVG-Kontinent in Höhe von 40 Milliarden D-Mark zu liefern. Das amerikanische Dementi erfolgte noch in der gleichen, damals so dramatisch verlaufenen Nacht und nötigte den Bundeskanzler zu einem sofortigen Widerruf. Auch jetzt spricht Blank wieder von recht weitgehenden amerikanischen Zusagen, wobei er doch wissen müsste, dass jede mögliche Waffenlieferung ihre recht enge Begrenzung im USA-Auslands-Hilfsprogramm findet, das Eisenhower die Hände bindet. Es sind, im Verhältnis zu den Gesamtkosten, recht bescheidene Summen, die im Falle der Annahme der EVG in den sechs beteiligten Ländern auf den deutschen Anteil entfallen würden. Die drückende Last einer in diesem Rahmen möglichen deutschen Wiederaufrüstung hätte das deutsche Volk zu tragen, eine Tatsache, die der Sicherheitsbeauftragte einfach verschweigt. Das kann man schon nicht mehr als advokatorischen Propagandakniff entschuldigen, hier liegt eine klare Distanzierung von der Wahrheit vor.

Gewiss kann von dem Sicherheitsbeauftragten nicht eine Lossage von der EVG, seinem Lieblingskind, erwartet werden, wohl aber der nötige Respekt vor den parlamentarischen Instanzen und eine gewisse Objektivität bei der Beurteilung der internationalen Lage. Allein schon aus deutschem Interesse. Das Poehen auf die EVG in einer Zeit, in der sich in Europa und in der Weltpolitik neue Entwicklungen abzuzeichnen beginnen und die Wiedervereinigung Deutschlands auf der internationalen Tagesordnung steht, wird und muss die deutsche Verhandlungsposition schwächen und in der Welt den Eindruck auslösen, dass der gegenwärtigen Bundesregierung an der Aufstellung von zwölf Divisionen mehr liegt als an der deutschen Einheit in Freiheit. "Ein Erfolg in der Wiederherstellung eines vereinigten deutschen Staates", schrieb dieser Tage die "Times", "würde das Ende der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bedeuten". Die Bundesregierung und ihr Sicherheitsbeauftragter scheinen einen solchen Erfolg geradezu zu fürchten, denn wie sonst anders ist das starre Festhalten an der EVG, einem Produkt der Spaltung Deutschlands, zu erklären?

Mit einer leeren Geste abgeschlossen

P.H.H. Brüssel

Das belgische Parlament ist in die Sommerferien gegangen, ohne über den EWG-Vertrag abzustimmen, wie vorausgesagt worden war. Alle Beschwörungen des Außenministers und gewisser ausländischer Botschaften haben nicht vermocht, die Front derjenigen zu erschüttern, die entweder den Vertrag unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen oder überhaupt für untragbar halten. Die ersteren bilden sichtlich die Mehrheit des Parlamentes. Auch in der sozialistischen Fraktion neigt man dazu, den Vertrag als "kleineres Übel" anzunehmen, wenn sich keine andere Lösung findet. Aber man hofft auf diese andere Lösung. Der Ablauf der Verhandlungen zwischen den Grossmächten, die Wahlen in Deutschland und damit vielleicht konstruktive deutsche Vorschläge durch eine nicht von der einseitigen Besessenheit Adenauers beherrschte Regierung sollen ^{abgewartet} werden. Dabei kann dieses Abwarten sehr lange dauern...

Es kommt nach den Beschlüssen der Kammer- und Senatspräsidenten sowie nach dem Beschluss des sozialistischen Parteivorstandes über die Einschaltung des Parteikongresses in die Entscheidung über den EWG-Vertrag kaum infrage, dass eine rechtmässige Ratifizierung durch alle Instanzen noch vor Ende des Jahres erfolgt. Zwar soll die Kammer zwischen dem 15. September und dem 6. Oktober zusammentreten. Aber der Monat wird, wie gewöhnlich, erst Mitte November seine neue Tagungsperiode beginnen. Es ist möglich, dass zu diesem Zeitpunkt ihm die Kammer ihre Entscheidung über den Vertrag überreicht. Diese wird jedoch der Senat erst in einer Kommission prüfen, was mindestens sechs Wochen dauern dürfte. Ob diese Kommissionsberatung die einzige bleibt, ist sehr fraglich, denn zur selben Zeit muss sich der Senat mit der Verfassungsänderung, die für den EWG-Vertrag notwendig ist, befassen. Man rechnet damit, dass also der Senat nicht vor Ende Januar 1954 Vollsitzungen über den EWG-Vertrag abhalten wird. Aber damit nähert sich das Parlament dem Termin für die ordentlichen Neuwahlen. Hinter den Kulissen besteht Einigkeit zwischen allen führenden Politikern dahingehend, dass natürlich der Fall eintreten kann, dass die Parteien den Vertrag zum

Gegenstand des Wahlkampfes machen wollen und durchaus beschlossen werden könnte, erst nach den Wahlen die endgültige Entscheidung zu fällen.

Immerhin, auch das war leicht voranzusehen, hat sich die Mehrheit des Kammerausschusses für die Beratung des EVG-Vertrages veranlasst gesehen, einen Ausschuss-Beschluss zu fassen, dass sie für die Annahme der "Prinzipien" des Vertrages sei. Die Sozialisten im Ausschuss haben sogar gegen diesen Beschluss gestimmt - sie hätten auch ruhig ihm beipflichten können, so rein grundsätzlich und unverbindlich ist er - wenn man ihn mit europäischen Augen liest. Es heisst nämlich, dass die Mehrheit des Ausschusses - siebzehn Christlichsoziale und Liberale gegen sieben Sozialisten - "den Zielen, die im EVG-Vertrag und seinen Protokollen niedergelegt sind, zustimmt". Auch zu dieser platonischen Erklärung forderten drei der Mehrheitsmitglieder noch die Aufnahme einer Zusatzklärung im Sitzungsprotokoll, dass sie vorziehen würden, nicht über den EVG-Vertrag abzustimmen, da sie der Auffassung sind, dass "diese Ziele auch ohne den komplizierten Vertrag erreicht werden könnten." Ein viertes Mitglied der Mehrheit forderte und erreichte eine weitere Hinzufügung in dem Sinne, dass zuerst die Verfassung geändert werden müsse, ehe man definitiv über den Vertrag abstimmen könne. Damit ist der Kampf um den EVG-Vertrag für Belgien mit einer leeren Geste abgeschlossen worden. zunächst

Die Weltmächte haben das Wort - und der deutsche Wähler. Man muss sich darüber klar sein, dass nicht nur die belgischen Sozialisten, sondern auch ein grosser Teil der Liberalen und Christlichsozialen das Ergebnis der Bundestagswahlen als Faktor ersten Ranges in ihre weiteren Erwägungen über den Vertrag in Betracht ziehen werden.

+ + +

Die Not der Junglehrer

H.T. Auf einer kürzlichen Tagung beschäftigte sich der Sozialistische Deutsche Studentenbund mit der Lage der Junglehrer in der Bundesrepublik. Es darf dies als ein Beitrag dafür angesehen werden, die traditionellen Vorstellungen über Standesverhältnisse und Standesunterschiede abzubauen, die zwar theoretisch als überwunden gelten, die aber im täglichen Leben noch vielfach spürbar werden. Demgegenüber scheint es notwendig, immer wieder auf die Bedeutung hinzuweisen, die gerade dem Lehrer an den Grundschulen für die Entwicklung einer Gemeinschaft zukommt. Man sollte nie vergessen, dass er eine Schlüsselstellung zur Gesinnungsbildung besitzt. Kaum ein Beruf hat es so unmittelbar mit den Menschen im Entwicklungsstadium zu tun, kaum ein Beruf wirkt so über den Augenblick hinaus auch in die Zukunft.

Dabei ist die Aufgabe des Lehrers gegenüber den vergangenen Zeiten noch erschwert. In vielem muss er das ersetzen, was früher durch die Familie geboten werden konnte. Ausserdem steht er im ständigen Abwehrkampf gegen die dekonzentrierten Einflüsse der modernen Kulturindustrie. Die Bedingungen, unter denen er zu arbeiten hat (Schulraumnot, hohe Schülerzahl in den Klassen u.a.m.) haben sich verschlechtert, sein Ansehen ist vielfach gesunken.

So kann es nicht verwundern, dass sich ein bedenklicher Nachwuchsmangel bemerkbar macht. Man muss sich klar darüber sein, dass damit der Lebensstandard des ganzen Volkes gefährdet ist. Gerade die Vertreter des Staates und der Wirtschaft müssten einsehen, dass es gilt, hier ein Kapital zu investieren, das zwar keine unmittelbar zu berechnenden Zinsen trägt, durch das aber allein die Voraussetzungen geschaffen werden können für eine bessere künftige Entwicklung.

Es genügt dafür nicht allein eine bessere Bezahlung der Lehrer. Die ganze Frage ist auch eine Angelegenheit des Ansehens und der Geltung und damit, bei den deutschen Verhältnissen, eine Frage der Ausbildung. Hierauf richteten sich ganz besonders die Forderungen des SDS. Sie gehen davon aus, dass nicht allein die Schwere des zu vermittelnden Wissensstoffes massgeblich für die Beurteilung sein

kann, sondern mindestens genau so sehr der Schwierigkeitsgrad des Vermittelns selbst. Damit wird die Leistung des Grundschullehrers erst ins rechte Licht gerückt.

Die Forderungen zielen im einzelnen ab auf ein vollwertiges Studium an Anstalten mit echtem Hochschulcharakter. Dazu aber gehört eine Verlängerung der Studienzeit, eine stärkere räumliche Zusammenfassung der Hochschulen in Großstädten, eine stärkere Unterstützung der Hochschulen mit Lehr- und Lernmitteln, Ausbau der Praktika bei wissenschaftlicher Spezialausbildung in einem Fach bis zur Lehrbefähigung an Höheren Schulen und die statutenmäßige Sicherung der studentischen Selbstverwaltung an den Pädagogischen Hochschulen in Angleichung an die Universitäten. Man sollte immer daran denken: die Art, wie man den Lehrer in der Öffentlichkeit ansieht und behandelt, wirkt auf die Kinder weiter.

+ + +

"Kalter Kaffee"

-s. Im Bulletin der Bundesregierung war am 21. Juli zu lesen, die Gesetze über die Senkung der Kaffee- und Teesteuer würden voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Monats August in Kraft gesetzt. Von einer anderen Stelle der Bundesregierung wurde der Termin mit der letzten Augustwoche präzisiert. Also in jedem Fall unmittelbar vor den Wahlen. Welche Absicht dahinter steht, liegt auf der Hand. Im Bulletin der Bundesregierung ist es so angedeutet worden: "Das deutsche Volk (die Vokabeln von der "christlichen Welt" und dem "Abendland" fehlen diesmal allerdings, das sei zugegeben) wird nunmehr nach langer Zeit den Kaffee wieder als Volksgetränk erhalten." Die Wähler sollen also an der Senkung der Kaffee- und Teesteuer erkennen, wie sehr die gegenwärtige Bundesregierung um das "Volksgetränk" Kaffee und Tee bemüht war in dem Sinne etwa: Seht her, wir haben Euch versprochen, "so sozial wie möglich" zu sein und selbst den Kaffee haben wir billiger gemacht! - Damit wird man nun also durch die Lande ziehen und Stimmen fischen. Die Berliner würden sagen: "kalter Kaffee".

Die Koalition hat Recht: endlich ist einmal ein Gesetz beschlossen worden, das unbestreitbar sowohl allen Schichten des Volkes als auch dem deutschen Aussenhandel zugute kommt und da waren es ausgerechnet die "bösen, roten, marxistischen" Sozialdemokraten, die das Gesetz durchsetzten, während die Koalition bis in die letzte Bundestagsitzung hinein gegen dieses Gesetz war und selbst in der Schlussabstimmung, als sich die Mehrheit für die von der SPD und FU geforderten Steuersenkungen längst gebildet hatte, ein beachtlicher Teil der Koalitionsabgeordneten gegen diese Senkungen stimmte. Die SPD hat bisher mit ihrem Erfolg in der Senkung der Kaffee- und Teesteuer keine Wahlpropaganda getrieben und hatte auch nicht die Absicht, es zu tun. Dass sie aber jetzt, wo der verbilligte Kaffee und Tee zur regierungsamtlichen Wahlparole erhoben werden, auf den wahren Sachverhalt aufmerksam macht, werden wohl selbst die Parteikorrespondenzen der Koalition, und vielleicht sogar der unterhaltsame gelbe Wahl-Informationsdienst der Bundesregierung, ^{nicht} als Demagogie oder ewige Negation bezeichnen wollen.

Wir bedauern die regierungsamtlichen Propagandisten, wenn sie nun die Wirtschaftspolitik, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten und vor allem den Flüchtlingen wenig, aber den grossen Unternehmern alles gab, nun als "sozial" verkaufen sollen. Wäre es nicht klüger, dafür lieber die berühmten statistischen Vergleiche zwischen dem 8. Mai 1945 und dem Jahre 1953 anzuführen, als gerade die Gesetze, mit denen es der SPD gelang, wenigstens einen Teil der Koalitionsparteien von der Notwendigkeit zu überzeugen, wirklich so "sozial wie möglich" zu sein? Schliesslich: wohin kämen wir in der Bundesrepublik, wenn Regierung und Koalition auch noch das ganze Aktionsprogramm der SPD übernehmen? Wir müssen schon sagen, da ist uns die klare Abgrenzung der Koalitionsgesetze von den Gesetzen, in denen sich die SPD teilweise oder ganz durchsetzte, lieber. Wir sind nämlich auf die Erfolge der Koalition viel weniger stolz als die Regierung auf den Erfolg der SPD in der Kaffee- und Teesteuersenkung.

Aber alles in allem: Die Hauptsache ist, Kaffee und Tee werden billiger und es wird beim Inkraftsetzen der Gesetze ein wenig schneller vorgegangen als bisher - die dafür notwendigen Unterschriften hätten die in Bonn amtierenden Vertreter des Finanzministers und des Bundeskanzlers längst leisten können.